

SPD sozialdemokratischer pressediens

P. XXVI/132

15. Juli 1971

Statt Bezeichnungsrichtlinien - Ermessens-
spielraum

Amtssprache den politischen Realitäten an-
gepaßt

Von Conrad Ahlers
Staatssekretär im Bundeskanzleramt und
Sprecher der Bundesregierung

Seite 1 / 42 Zeilen

"Plan B" der Union

CDU/CSU-Opposition erprobt eine neue
Strategie

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD

Seite 2 und 3 / 87 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Berlin und die Ostpolitik" / Von Ernst
Najonica CDU-MdB

Seite 4 bis 8 / 229 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9159
Pressemann I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 386 948 089 547/
530 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Statt Bezeichnungsrichtlinien - Ermessensspielraum

Amtssprache den politischen Realitäten angepaßt

Von Conrad Ahlers

Staatssekretär im Bundeskanzleramt und
Sprecher der Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat vor kurzem die sogenannten Richtlinien zur Bezeichnung Deutschlands aufgehoben. In diesen Richtlinien war in sehr detaillierter Form der amtliche Sprachgebrauch für den Umgang mit dem anderen Teil Deutschlands festgelegt worden. Außerdem enthielten die Richtlinien die Bezeichnung der früheren deutschen Ostgebiete, der Demarkationslinien und der Ortsnamen. Grundlage dieses Erlasses war die Rechtsauffassung, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt in den Grenzen von 1937 fortlebt, und daß die Bundesrepublik Deutschland an seine Stelle getreten sei.

Der andere Teil Deutschlands mußte zum Beispiel als sowjetische Besatzungszone Deutschlands, in Kurzform auch als "Sowjetzone", bezeichnet werden. Wie man sieht, ist dieser amtliche Sprachgebrauch sowohl vom tatsächlichen Sprachgebrauch als auch von der politischen Entwicklung überholt worden. Die Bezeichnung "DDR" für die DDR hat sich längst eingebürgert. Sie wird auch von denjenigen verwendet, die der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung kritisch gegenüberstehen. Und aus den Demarkationslinien sind, wenn auch schmerzliche Grenzen geworden.

Nachdem die Bundesregierung von der Existenz der DDR politisch Kenntnis genommen hatte und in den Verträgen mit Moskau und Warschau die Nachkriegsgrenzen als unverletzlich akzeptiert hatte, wäre es natürlich unsinnig, wenn man von Amts wegen weiterhin an den alten Bezeichnungen festhalten wollte. Aus diesem Grunde wurden die Bezeichnungsrichtlinien aufgehoben. Erste Überlegungen in dieser Richtung hatte es im übrigen schon in der Großen Koalition gegeben. Ursprünglich war daran gedacht worden, an die Stelle der alten Richtlinien zu setzen. Aber dies hat sich als unpraktisch herausgestellt, weil die politische Entwicklung in Richtung auf bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und den anderen Ländern des Warschauer Paktes noch nicht abgeschlossen ist.

Den Ministerien, die mit solchen Fragen zu tun haben, ist es deshalb bei gegenseitiger Abstimmung überlassen worden, jeweils diejenige Bezeichnung zu wählen, die der Grundsatz der Respektierung der amtlichen Bezeichnung anderer Länder und dem Grundsatz der Berücksichtigung des üblichen deutschen Sprachgebrauchs am besten gerecht wird. Ein solcher Spielraum des Ermessens ist nicht nur vernünftig, sondern entspricht auch der internationalen Rechtslage Deutschlands, die immer noch unter dem Vorbehalt eines Friedensvertrages steht. (-/wz/15.7.1971/bgy)

"Plan B" der Union

CDU/CSU-Opposition erprobt eine neue Strategie

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD

Halbzeitbilanzen sind zur Zeit gefragt. Herbert Wehner bilanzierte mündlich vor der Fraktion, Helmut Schmidt schriftlich in einer Broschüre, die Bundesregierung arbeitet noch an ihrer Bilanz und die Opposition hat ein 120-Seiten-Opus geschaffen, das sie allerdings nur zurückhaltend in den Verkehr bringt. Dies zu Recht, denn beim Studium der Oppositionsbilanz erweist sich, daß der CDU/CSU wenigstens teilweise aus dem Gedächtnis entschlüpft ist, wo sie im Bundestag zugestimmt und was sie abgelehnt hat.

Das wichtigste freilich steht nicht in dem Unions-Opus, nämlich der totale Fehlschlag der bisherigen Oppositionsstrategie. Das begann - erinnern wir uns noch? - mit dem "Herauskatapultieren" der FDP aus allen Landtagen und Rathäusern, was aber nur dort gelang, wo die zu Katapultierenden ganz oder in aufwüppigen Parteiteilen mit den Katapultierern zu flürten versuchte.

Auch die Oppositionshoffnungen, die Koalitionsmehrheit durch Auskaufen von Koalitionsabgeordneten zu brechen und via konstruktivem Mißtrauensvotum wieder an die Macht zu kommen, haben sich zerschlagen. Unbefangen hat vor einiger Zeit Franz Josef Strauß verkündet, ein konstruktives Mißtrauensvotum sei nicht mehr das Ziel der Union, denn das wäre ja sowieso nur ein Regieren mit einer zu knappen Mehrheit. Wie sauer die Trauben doch geworden sind, seit der FDP-Abgeordnete Geldner die Korrumpierungsmethoden der Opposition und ihres Zogimannschen Wurmfortsatzes aufgedeckt!

A propos Geldner: Er hat sich zur "Geheimwaffe" der Koalition entwickelt. Wenn er spricht, verläßt die Union den Saal und ist dann nicht mehr anwesend, wenn es um ihre eigenen Anträge geht, wie jüngst bei der Rentensebatta geschehen. Damit sind wir beim dritten Stück der Oppositionsstrategie bisheriger Art: Alle Versuche, durch ständige Ankündigungen spektakulärer Unternehmungen Verwirrung zu stiften und den Präsenzeifer der Koalition einzuschläfern, verfangen nicht. Das Traumziel, einmal - nur ein einziges Mal! - der Koalition eine Abstimmungsniederlage beizubringen, wurde immer wieder erstrebt, aber nie erreicht. Im Gegenteil. Es war nicht die Wachsamkeit der Koalition, sondern die Einsatzbereitschaft der Opposition, die sich abnutzte: bis hin zu jener kontroversen Abstimmung zum Ausbildungsförderungs-gesetz, bei der die Koalition fast vollzählig, die Union aber nur mit 18 (in Worten: achtzehn) Abgeordneten im Saal war.

Nach so schlechten Erfahrungen hat die Opposition nunmehr offenkundig ihren "Plan B" in Kraft gesetzt, "B wie Boykott". Die-

sem Plan liegt die Überlegung zugrunde, daß es doch möglich sein müsse, auch als Opposition die Richtlinien der Politik zu bestimmen, wenn man schon Kanzleramt und Ministerien der Regierungsparteien überlassen müsse. Tut die böse Regierung nicht, was die gute CDU/CSU will, dann kommt eben gar nichts zustande.

Paradebeispiel ist das jüngste Verhalten im Bundesrat, wo eine Stimme Mehrheit als Boykottinstrument genügt. Zwar hat sich der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick gegen die Vorwürfe gewandt, die gegen den Bundesrat erhoben wurden. Dies war auch seine Pflicht als Bundesratspräsident und zeichnet ihn aus. Indessen verdient Koschnicks Brief genau gelesen zu werden: Er verteidigt einen Bundesrat, wie er bisher amtiert hat, nicht aber den Boykott-Bundesrat, der zur Zeit in den Köpfen der Union sich abmalt. Daß Koschnicks Brief im Hauptquartier der Boykott-Strategen große Begeisterung ausgelöst hat, ist nicht anzunehmen.

Der zweite Schlag ereignete sich dann bei der Bund-Länder-Konferenz für Bildungsplanung, wo die CDU/CSU sich über alle getroffenen Abreden hinwegsetzte, und das Bundeswissenschaftsministers Dr. Leussinks Kompromißbereitschaft, für die dieser sich heftige Angriffe zuzog, mit schnödem Undank belohnte. Gutwilligkeit der Regierungsseite wurde von der Union brüskiert und dies mußte auch so sein, denn sonst funktioniert das ganze Boykott-System nicht mehr.

Wie weit die Boykott-Strategie - "Plan B" - bereits vorge-
drungen ist, zeigt sich auf einem scheinbar so abgelegenen Kampf-
platz wie dem Verwaltungsrat des NDR, wo die CDU zum drittenmal
die Wahl eines Programmbeirats hintertrieben hat. "Plan B" wird
zum System - wir müssen mit ihm leben.

Für eine gewisse Zeit jedenfalls. Dann wird nämlich auch
den Schöpfern des "Plans B" aufgehen, daß Boykott-Strategie, die
Politik des Nein-Sagens, des Verhinderns, beim Wähler nicht
sehr beliebt ist. Denn Wähler interessiert nämlich, was eine
Partei leistet, nicht aber welche Leistungen sie verhindert. Er
möchte Taten sehen und hat eine ausgesprochene Antipathie ge-
gen zwischen die Beine geworfene Knüppel und listig gelegte
Fallstricke. Und wenn die Regierung wirklich einmal einen Feh-
ler machen sollte, dann werden die "Plan B"-Strategen mit Ent-
setzen erkennen, wie leicht sich auch dies ihrem Boykott-
System anlasten läßt.

Dann spätestens wird "Plan B" durch einen neuen Plan abge-
löst werden. Daß es "Plan A" sein wird, A wie Alternative, das
wagen wir nicht mehr zu hoffen. (-/wr/15.7.1971/bcy)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Berlin und die Ostpolitik"/Von Ernst Majonica CDU-MdB

Der Aussenpolitik-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ernst Majonica MdB veröffentlichte in der Juli-1971-Ausgabe des "Katholischen Arbeiterkreises für zeitgeschichtliche Fragen e.V./Bonn" (Herausgeber u.a.: Heinrich Köppler CDU-MdL, Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Westfalen) einen Beitrag "Berlin und die Ostpolitik", den wir zur dokumentarischen Kenntnisnahme unserer Leser im Wortlaut veröffentlichen.

"Während es noch vor einigen Wochen so aussah, als würden sich die Vier Mächte über eine Berlinregelung nicht einigen können, ist jetzt damit zu rechnen, dass sie in absehbarer Zeit erfolgt. Aus innen- und aussenpolitischen Gründen ist Präsident Nixon an ihr interessiert, auch wenn sie nicht alle erst gestellten Erwartungen erfüllt. Sie würde sich einfügen in seine Bemühungen um Rüstungsbeschränkungen in den SALT-Gesprächen und um beidseitige Truppenreduzierung in Europa. Westliche Diplomaten in Bonn glauben, dass der erste Verhandlungsabschnitt Ende Juli beendet sein wird. Er würde abgeschlossen durch eine Erklärung der Vier Mächte über Absichten und Prinzipien, darunter die Verkehrsregelung. Daran schliesse sich der "deutsche" Abschnitt an. In ihm müssten Bahr und Kohl diese Grundsätze in Fragen des Verkehrs von und nach Berlin in technischen Einzelheiten festlegen. Ausserdem wären die Modalitäten des Besuchs der Westberliner in Ostberlin und in der DDR zu regeln. Aus deutschen Regierungskreisen verlautet, dass Bahr und Kohl in den Vorgesprächen so weit seien, dass dieser Abschnitt bei gutem Willen aller Beteiligten in zwei oder drei Wochen erledigt sein könnte. Am guten Willen der DDR muss zwar gezweifelt werden, aber er wird ersetzt durch den Willen Moskaus, zu einer Abmachung zu kommen. Dem kann sich auch Ostberlin nicht widersetzen. Im dritten Abschnitt würden dann diese Verhandlungsergebnisse in die Schlussakte der Vier Mächte aufgenommen. Sie würden damit Bestandteil der Vier-Mächte-Vereinbarungen.

Wenn diese optimistische Darstellung auch hinsichtlich des Zeitplans stimmt, wäre die Bundesregierung in der Lage, Ende dieses Jahres den deutsch-sowjetischen Vertrag dem Parlament zur Ratifizierung zuzuleiten. Sie hatte sich ja verpflichtet, dies erst dann zu tun, wenn eine befriedigende Berlin-Lösung erreicht sei. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass deshalb bei der Debatte über den Vertrag die Frage im Vordergrund stehen wird, ob die erreichte Regelung befriedigend sein wird oder nicht. Schon jetzt ist festzustellen, dass diejenigen, die von den Vier-Mächte-Verhandlungen eine Fixierung des Rechtsstatus von Berlin erwarten, die bevorstehende Lösung nicht als befriedigend ansehen werden. Hier stehen sich westliche und östliche Auffassung gegenüber, und auch zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten ist keine völlige Einheit der Ansichten fest-

zustellen. Bei dieser Sachlage war kaum zu erwarten, dass die Rechtslage endgültig geklärt werden konnte. Daran hatten auch die drei verhandelnden Westmächte kein vitales Interesse. Ihr Interesse ist darauf gerichtet, dass ihre Rechtslage nicht geschmälert wird. Sie beruht auf originärem Besatzungsrecht, das schon gegeben war, ehe noch die Bundesrepublik oder die DDR entstanden. Ob Berlin Land der Bundesrepublik ist - wie es das Grundgesetz, die Berliner Verfassung und das Bundesverfassungsgericht sagt - oder nicht - wie es die Sowjetunion behauptet -, berührt nicht ihr Recht auf Anwesenheit in Berlin.

Aufgrund ihres originären Besatzungsrechtes haben die drei Westmächte aber auch das Recht, die Bindungen Westberlin an den Bund zuzulassen. Damit ist der Bund rechtmässig in den Grenzen, die die drei Alliierten gesetzt haben, in Berlin vertreten. Jede Beschneidung der Bundespräsenz durch Dritte berührt damit auch unmittelbar das Recht der drei Besatzungsmächte. Jede Kontrolle durch Dritte über die Präsenz des Bundes in Westberlin schafft die Ansätze für eine Vier-Mächte-Kontrolle über Westberlin. Das darf nicht sein. Die Sowjetunion kann in Westberlin nicht mehr Rechte haben als die drei Alliierten in Ostberlin. Bei der Frage der Bundespräsenz ist deshalb darauf zu achten, dass die Alliierten nicht selbst ihren eigenen Rechtsstatus schmälern und damit Berlin unsicherer machen. Sie sollten sich auch nicht selbst desavouieren und das jetzt unversagen, was sie einmal gebilligt haben, zumal Ostberlin mit Zustimmung der dortigen Besatzungsmacht völlig in den Bereich der DDR integriert ist und sogar Hauptstadt wurde. Ausklammerung der Status-Frage sollte daher bedeuten, dass die Bundespräsenz eine Frage bleibt, die nur zwischen Bonn und den drei Alliierten zu behandeln ist.

Wichtig ist, dass in praktischen Fragen eine Verbesserung eintritt. Hier gelten die vier wesentlichen Elemente, die zu einer Regelung gehören müssen: die Sicherung der Zufahrtswege und die verantwortliche Einbeziehung der Sowjetunion in diese Sicherung, der Zugang der Westberliner nach Ostberlin und die DDR, die aussenpolitische Vertretung durch den Bund und eben die Bundespräsenz, wobei darunter nicht nur die Anwesenheit von Politikern und Organen des Bundes in Berlin zu verstehen ist, sondern auch die rund 20.000 Bundesbeamte, die in Berlin tätig sind. Gerade ihre Tätigkeit ist für den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhalt zwischen Bund und Berlin besonders wichtig. Die bedeutsamste Frage ist aber die Sicherung der Zugangswege. Hier muss Moskau so in Verantwortung genommen werden, dass der DDR nicht Möglichkeiten von Schikanen bleiben und die UdSSR unmittelbar bei jeder Störung angegangen werden kann.

Hier soll nun nicht eine eingehende Analyse eines noch nicht bestehenden Berlin-Abkommens vorgenommen werden. Kommt es zustande, so mit Zustimmung der drei Alliierten. Stimmen sie zu, so wird es jeder deutsche Politiker schwer haben, es als unbefriedigend zu bezeichnen, da dies praktisch eine Stellungnahme auch gegen unsere drei wichtigsten Verbündeten wäre. Vorstellungen bei ihnen müssen vor dem Abschluß erhoben werden. Nachherige fundamentale Kritik schafft Krisen und Gegensätze im westlichen Lager, die auch zu

einer Schwächung der Stellung Berlins führen könnten. Aber noch ein anderes Problem taucht auf. Wir sprachen schon davon, dass die Bundesregierung die Regelung der Berlin-Frage als Voraussetzung für die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages ansieht. Wenn auch bestritten wird, dass damit ein rechtliches Junktim geschaffen wurde, so liegt doch der innere Zusammenhang auf der Hand. Entspannung in Mitteleuropa kann es nur geben, wenn Berlin störfrei gemacht wird. Bleiben hier die Spannungen, so gibt es eben keine allgemeine Entspannung. Aber wird sich nicht die Sowjetunion auf einen ähnlichen Standpunkt stellen? Wird sie nicht die Ratifizierung des Vertrages auch von sich aus im Zusammenhang mit der Berlinregelung bringen?

Es dürfte eine Illusion sein, anzunehmen, man könne eine Verbesserung der Berlin-Situation erreichen bei gleichzeitiger Ablehnung des Vertrages. Wenn die Sowjets Berlin wirklich störfrei machen sollten, so auch deshalb, weil sie in den Genuss des Vertrages und seiner von ihnen gewünschten Folgen kommen möchten. Dies sieht Moskau in der vertraglichen Festigung der Nachkriegssituation, die es seit langem anstrebt. Wenn gesagt wird, diese Festigung werde schon allein durch die Machtverhältnisse erzwungen, so wäre das hartnäckige Streben auf vertragliche Festlegung nicht zu verstehen. Offenbar verspricht sich Moskau von einer vertraglichen Anerkennung des eigenen Herrschaftsbereichs einen zusätzlichen Gewinn. Ausserdem - darauf ist noch im einzelnen einzugehen - sieht die UdSSR im Vertrag die politische Grundlage für eine weitgehende wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Wenn Bonn dieses Interesse der Sowjets für Berlin ausnutzt, ist es mehr als selbstverständlich, dass Moskau das Interesse der Bundesregierung an einer Berlin-Regelung für den Vertrag ausnutzen wird. Die Abstimmung über den Vertrag entscheidet also gleichzeitig über die Berlin-Regelung. Daher meine Prophezeiung, dass sie im Mittelpunkt der Debatten stehen wird. Das Nein zum Vertrag ist leichter zu begründen, wenn man auch die gefundene Berlin-Regelung für ungenügend oder gar schädlich ansieht, wobei man dann eben den Gegensatz auch zum Westen in Kauf nehmen müsste. Eine Position, die grosses Geschick und vor allem gute Nerven voraussetzt, um eine Durststrecke der Isolierung in West und Ost zu durchstehen.

Man hat die Berlin-Regelung einen Test auf die Absichten der Sowjetunion genannt. Das ist bedingt richtig. Theoretisch könnte Moskau nur deshalb einer Regelung zustimmen, um ein Nahziel zu erreichen, ohne eine endgültige Sicherung Berlins zu wollen, da ja keine Regelung die ungünstige geographische Lage der Stadt verändert. Es ist deshalb nützlich, auch andere Aspekte der sowjetischen Politik mit einzubeziehen, da so nicht nur besser auf die eigentlichen Absichten der Sowjetunion geschlossen werden kann, sondern auch der eigentliche Wert einer Berlin-Regelung deutlicher wird. Im Vordergrund sowjetischer Anstrengungen steht das Zustandekommen einer "Konferenz über die Sicherheit in Europa" (so nennt der Westen dieses Konferenzprojekt, um von vornherein sicherzustellen, dass auch die USA und Kanada daran teilnehmen können, was aus der sowjetischen Bezeichnung "Europäische Sicherheitskonferenz" nicht hervorgeht). Dieses Projekt

ist alt, hat aber hinsichtlich der Intensität, mit der Moskau es verfolgt, und dem Kreis der auf der Konferenz zu behandelnden Themen erhebliche Schwankungen durchgemacht. Auch jetzt noch versucht Moskau, Fragen zu behandeln, die offensichtlich der sowjetischen Vorherrschaft in Europa dienen sollen, wie die Auflösung der Militärblocke. Das Verschwinden der NATO ließe die Sowjetunion als Hegemonialmacht zurück, ein Vorschlag, der nicht nur für die Bundesrepublik indiskutabel ist. Das weiß auch Moskau und muß deshalb erkennen, daß dieser Vorschlag unrealistisch ist.

Neben diesem Vorschlag stehen aber eine Fülle anderer Vorhaben, die alle auf eine enge wirtschaftliche, technologische, energiemäßige und verkehrsmäßige Zusammenarbeit gerichtet sind. Hier dürfte das vordringliche Interesse der Sowjetunion liegen. Mag sie ihre alten Vorstellungen von Vorherrschaft nicht aufgegeben haben, sie möchte zunächst mit Hilfe Europas ihre wirtschaftlichen und technologischen Engpässe überwinden. Das ist ein Programm von Jahrzehnten. Für eine Zeit, in der Politiker planen können, scheint also Moskau im eigenen Interesse auf Kooperation und nicht auf totale Konfrontation zu setzen. Das würde sich selbstverständlich sofort ändern, wenn die Schwäche des Westens diese Änderung provozieren würde. Selbst wenn man sich auf das Programm der Kooperation mit der Hoffnung einläßt, zu einer übergreifenden, die Entspannung sichernden gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit zu kommen, dürfte das Problem der militärischen Sicherheit keinen Augenblick aus den Augen verloren werden. Dies ist um so wichtiger als die Sowjetunion gewaltige Rüstungsanstrengungen unternimmt. Es ist zudem immer falsch, mögliche Ergebnisse einer langen Entwicklung schon für den gegenwärtigen Zeitpunkt als gegeben anzusehen. Ebenso falsch wäre es zu hoffen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihrer Angleichung würde auch zu einer Angleichung der politischen und gesellschaftlichen Systeme führen. Dieser Gegensatz bleibt. Ist aber das Hauptinteresse der Sowjetunion auf ökonomische Kooperationen gerichtet, so muß sie das Bestreben haben, dies nicht durch politische Unstimmigkeiten zu stören. Das würde dann auch für Berlin gelten.

Ein weiterer Test für die sowjetische Politik ist die Frage des gegenseitigen Truppenabzugs. Wie man auch

die sowjetischen, zum Teil widersprüchlichen Äußerungen zu diesem Thema deuten mag, es wird die internationale Politik noch lange beschäftigen. Eine schnelle Lösung ist bei der Kompliziertheit der Materie nicht in Sicht. Was heißt ausgewogener Truppenabzug? Wie soll kontrolliert werden? Der Westen hat deshalb richtig entschieden, dieses Problem - anders als bei der "Konferenz über die Sicherheit in Europa" - nicht mit der Berlin-Regelung zu koppeln. Geschähe dies, so wäre sie auf unabsehbare Zeit vertagt. Leider ist aber eine andere Testfrage, die entscheidend für die Beurteilung der sowjetischen Politik ist, noch gar nicht gestellt worden, nämlich die auf die Einstellung Moskaus zur westeuropäischen Einigung.

Die bisherige Einstellung Moskaus ist eindeutig negativ. Es sieht in der westeuropäischen Einigung einen Separatismus, der von gesamt europäischen Lösungen wegführt. Es will kein Gegengewicht. Die Anerkennung der westeuropäischen Einigung wäre das sowjetische Bekenntnis zur Begrenzung der sowjetischen Macht. Es wäre ein gutes Mittel und Ziel einer einheitlichen europäischen Ostpolitik, wenn sich die westeuropäischen Staaten gemeinsam um diese Anerkennung bemühen würden. Manches Unbehagen an westlichen ostpolitischen Aktionen würde ja verschwinden, wenn sie nicht mehr von einzelnen Staaten unternommen würden, sondern von einem politisch geeinten Westeuropa. Jede Möglichkeit des Ausspiels des einen Staates gegen den anderen würde dann unmöglich. Für die Sowjetunion wird dieses Westeuropa immer wichtiger. Die Erweiterung steht vor der Tür. Die EWG wird damit zum größten Teilnehmer an Welthandel. Ab 1973 können die Staaten des Gemeinsamen Marktes keine nationalen Handelsverträge mehr abschließen. Dieses Recht geht auf die Gemeinschaft über. Wirtschaftliche Kooperation zwischen Ost und West muß daher weitgehend mit der EWG betrieben werden. Da Moskau an dieser Kooperation interessiert ist, sollte dieses Interesse schon jetzt dafür ausgenutzt werden, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zur Anerkennung der EWG zu bringen. Das wäre dann auch eine entscheidende Entspannungsmaßnahme. Auch sie ließe die jetzt anstehenden politischen Entscheidungen leichter in einen Gesamtrahmen einbauen, der jetzt noch nicht zu sehen ist."

(-/wr/15.7.1971'ogv)